



Statements von Brunhild Fischer, ehrenamtliche Geschäftsführerin SHIA e. V. LV Sachsen, Vicki Felthaus, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Jugend, Schule und Demokratie in Leipzig und Pfarrer Bernhard Stief von der Leipziger Nikolaikirche zum Friedensgebet am 23. Oktober 2023 in der Nikolaikirche Leipzig - Kindergrundsicherung und Armutsüberwindung im Fokus

Statement Brunhild Fischer:

„(...)Der Überwindung von Armut und Ausgrenzung sind wir in Deutschland keinen einzigen Zentimeter näher gekommen, im Gegenteil, insbesondere die Kinderarmut hat sich drastisch verschärft und findet

ihren epochalen Höhepunkt in der aktuell politischen Entscheidung zur Kindergrundsicherung der Bundesregierung.

Die Möglichkeit, gerechte Rahmenbedingungen für alle Menschen zu schaffen, liegt leider allein nur bei den Politikerinnen, kein anderer Mensch und kein Betroffener kann hier etwas ausrichten. Schaffen sie diese nicht, verstoßen sie mit jeder ihrer getroffenen Entscheidung gegen die Menschenwürde der ihnen anvertrauten Menschen !

Es ist ernüchternd, trotz unermüdlichem Engagement - seit Jahrzehnten mit erleben zu müssen, wie Politiker_innen wider besseren Wissens und gegen alle Empfehlungen, ihre Entscheidungen treffen, die sich genau gegen die Menschen,

gegen die Kinder und Eltern richten, sie weiter in Armut führen und in dieser Armutssituation belassen und dabei ihr eigenes Handeln noch mit menschenverachtenden Argumenten untersetzen.

Es ist verstörend, dass gerade in der aktuellen Situation keine Maßnahmen aufgelegt werden, die die Überwindung der Kinderarmut zum Ziel hat.

Schauen wir uns die aktuelle Entscheidung zur Kindergrundsicherung unter den Aspekten - WAS und WEN werde ich mit dieser Maßnahme erreichen und unterstützen - an, sehen wir, dass sie ungerecht ist, sie wirkt weiter Armutsverschärfend, diskriminiert und verstößt gegen die Menschenwürde der Kinder wie der Eltern mit niedrigem Einkommen und sie ist insbesondere für Kinder in getrenntlebenden Elternhäusern ein Fiasko.(...)“

Statement Vicki Felthaus:

„(...)Armut in Deutschland(...)orientiert sich am durchschnittlichen Einkommen im Land. Hierzulande ist es eine Tatsache, dass insbesondere Frauen arm sind. Alleinerziehende Frauen mit Kindern sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Ich nenne diese Tatsache ein politisches Versagen - in einem reichen Land wie Deutschland.

Für Deutschland gilt: „43 Prozent der Ein-Eltern-Familien gelten als einkommensarm, während es bei den Paarfamilien mit einem Kind 9 Prozent, mit zwei Kindern 11 Prozent und mit drei Kindern 31 Prozent sind.“

In Leipzig leben aktuell 13.300 Kinder die Leistungen nach dem SGB-II beziehen, das sind 15,3% aller unter 15-Jährigen in Leipzig, u.a. sie gelten als arm.

In 15.783 Familien in Leipzig sind Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil.

In Leipzig wurden 2022 insgesamt 30.793 Bedarfsgemeinschaften mit Leistungsbezug SGB II registriert. 5.738 Bedarfsgemeinschaften bestanden aus Alleinerziehenden und ihren Kindern, das sind 61,1 % aller Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Fast 8.000 Kinder sind in einer Ein-Eltern-Familie von Armut betroffen. Der Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozentpunkte erhöht. Das bedeutet, dass mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden Leistungen nach SGB-II beziehen. Hier werden „working poor“ Familien (mit Kinderzuschlag) nicht eingerechnet.

Wir haben in Leipzig eine besonders hohe Quote von Alleinerziehenden und daher auch eine auffällig hohe Quote der von Armut betroffenen. Kinder, die in einer Ein-Eltern-Familie aufwachsen sind statistisch und durch die Begleitumstände nochmals in einem relativen Nachteil.(...)Dass Kinder in Deutschland in Armut aufwachsen müssen, will ich nicht akzeptieren und arbeite als Bürgermeisterin der Stadt Leipzig für Jugend, Schule und Demokratie daran, die Chancengerechtigkeit für junge

Menschen unter den gegebenen Rahmenbedingungen in Leipzig zu verbessern. (...) Armut ist ein Chancennachteil – insbesondere sehen wir einen Zusammenhang beim Bildungserfolg. Wir sehen in Auswertungen der Statistiken, dass in den Stadtteilen, in denen das Einkommen im Durchschnitt geringer ist und sich andere soziale Marker zeigen, dass die Schullaufbahn der Kinder davon beeinträchtigt ist. Die regionalen Unterschiede sind überdeutlich und werden sich verschärfen.

Und jetzt kommt die Gesetzgebung zur Kindergrundsicherung ins Spiel:

Welche Verbesserungen für Kinder und Ein-Eltern-Familien werden entstehen? Die Idee/das Ziel, Kinder in Armut gezielt zu unterstützen, ihnen gleichberechtigte Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu sichern, ist gut. Das Gesetz hat aber aktuell ein Problem: Es ist teuer dadurch, dass es einen bürokratischen Umbau erfordert und auch schon heute bestehende wertvolle Teilhabeangebote und Leistungen neu zuordnet.

So sind Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung schon heute eine gute Sache und stehen bereit, um Familien bei bestimmten Anliegen zur Teilhabe finanziell unterstützen – Sportverein, Nachhilfe, Klassenfahrt und vor allem Mittagsverpflegung.

Leider nutzen wegen der Bürokratie zu wenige Familien diese Möglichkeit. Hier bestehen schon Verbesserungsmöglichkeiten und Hebel. Familien haben Ansprüche, die sie geltend machen können –

aber noch fehlt es an der gezielten Beratung und an einer selbstverständlichen, unbürokratischen, einfachen Beantragungsmöglichkeit – alles aus einer Hand.(...) Mein Ziel ist es, dass sich Familien an die Stadt Leipzig / z. B. das Jugendamt wenden und professionelle Unterstützung bekommen. Die Potenziale der Familien sind eine grundlegende Ressource und nicht ersetzbar. Vielen Schwierigkeiten kann durch die geeignete Hilfe begegnet werden, denn nahezu jede Familie kommt auch mal an ihre Belastungsgrenze. Mit Offenheit und Vertrauen und einer Orientierung an den vorhandenen Potenzialen, finden sich Lösungen.

Ein-Eltern-Familien und Kinder haben es durch die höheren Belastungen schwer, aber sie sind keine schlechteren Familien. Ich arbeite als Bürgermeisterin daran, die vorhandenen Nachteile, die sich aus dem Einkommen, dem Sozialraum und der Herkunft für Kinder ergeben abzubauen.(...)“

Statement Pfarrer Bernhard Stief:

„(...) Dass Mütter und Väter von ihrem Einkommen nur schwer das Leben ihrer Familie bestreiten können, ist leider nichts Neues. Bereits vor 2800 Jahren benannte der Prophet Amos den Zustand als ungerecht, dass das Einkommen für Wohnen, Essen, Kleidung und Leben nicht mehr ausreicht.(...) Die Gier nach Macht und Reichtum der einen führte andere in Armut und Sklaverei, wodurch das Leben ihrer Familien bedroht wurde. Solche Zustände gibt es auch heute noch weltweit. Wir wollen ehrlich sein und anerkennen, dass in unserem Land

vieles besser läuft. Und dennoch werden auch hier Menschen benachteiligt, ungerecht behandelt und in Armut getrieben oder dort belassen. (Davon haben wir gehört.) Wir erleben das, wenn kaum noch bezahlbarer Wohnraum gefunden wird, wenn der Lohn unter dem Wert der geleisteten Arbeit liegt oder Menschen in Schuldenfallen getrieben werden. Dem Geld nicht so viel Macht zu geben, und die vorhandenen Güter gerecht zu verteilen, bleibt eine verantwortungsvolle Aufgabe. Sorgen muss uns in dieser Zeit vor allem die Stärkung der Rüstungsindustrie machen, in die Unsummen von Geld gepumpt wird, das für die Überwindung von Armut und Ausgrenzung notwendig wäre. Und damit beißt sich die Katze in den Schwanz, weil nämlich gerade Armut und Ausgrenzung wieder Kriege verursacht.

Der Prophet Amos weiß, aus Empathie, aus Anteilnahme erwächst Veränderung. Wer betroffen ist, sucht Schritte aus der Misere heraus, engagiert sich und bringt sich ein, das Übel zu wenden. Amos spricht dabei im Namen Gottes. Gott selbst steht auf der Seite der Armen und derer, die Ungerechtigkeit erleiden und denen die Kraft fehlt, das eigene Schicksal zu wenden.

Wie auch damals braucht es heute Menschen, die auf Ungerechtigkeiten hinweisen und sich für ein gerechteres und besseres Miteinander einsetzen – sei es in der Klasse, in der Familie, im Freundeskreis oder im Sportverein. Aufzustehen und die Dinge beim Namen zu nennen, wie es der Prophet Amos tat, erfordert Mut, denn die Konsequenzen können unangenehm sein. Man muss dabei nicht unbedingt gläubig sein, um sich für die Gerechtigkeit einzusetzen.“